

Migration & Integra- tion 2023

ACHT BÜCHER IM FOKUS

Von Carmen Bayer

IMPRESSUM

JBZ-ARBEITSPAPIERE ist eine Reihe der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und wird seit 2010 regelmäßig publiziert. Der Fokus liegt auf der wissenschaftlichen Aufarbeitung zukunftsweisender Debatten. Alle Publikationen sind im Sinne von Open-Access digital frei verfügbar.

Das Arbeitspapier Nr. 67 „Integration & Migration 2023“ wurde im Auftrag der Salzburger Landesregierung (Abteilung Kultur, Bildung Gesellschaft und Sport/Referat Jugend, Familie, Integration, Generation) erstellt.

www.jungk-bibliothek.org

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2023 Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg

Alle Rechte vorbehalten.

Grafische Konzeption: Eric Pratter
Layout/Satz: Katharina Kiening
Lektorat der Texte: Clara Buchhorn
Gesamtherstellung: Print Alliance, Bad Vöslau

ISBN 978-3-902876-62-1

INHALT

3 Vorwort

MIGRATION & INTEGRATION · 2023 ACHT BÜCHER IM FOKUS

Thomas Faist

5 Exit

Astrid Mattes

8 Migration und Religion

Anna Triandafyllidou (Hg.)

11 Migration and Pandemics

Wiebke Sievers et al. (Hg.)

14 Jenseits der Migrantologie

Hans Karl Peterlini · Jasmin Donlic (Hg.)

17 Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2022/2023

Brot für die Welt et al. (Hg.)

20 Atlas der Zivilgesellschaft 2023

Gerald Knaus

23 Wir und die Flüchtlinge

Lukas Geisler

26 Die Willkommensgesellschaft

Migration unter dem Vorzeichen sich überschneidender Krisen

Die Migrationsbücher 2023 zeichnen sich durch ihre kritische Perspektive auf das eigene Forschungsgebiet aus, hinterfragen bestehende Ansätze und verweisen auf aktuelle Entwicklungen.

Die Politik- und Religionsforscherin Astrid Mattes konstatiert etwa die lückenhaften Befunde zu den Religionsgemeinschaften in Österreich, da diese eher auf Schätzungen als auf Fakten basierten. Wie Mattes, so wünschen sich auch die Herausgeber:innen des Jahrbuchs „Migration und Gesellschaft 2022/2023“ eine Weiterentwicklung ihres Fachgebietes. Sie nehmen Bezug auf Theorien zu Fluchtgründen und betonen, dass das bekannte Push- und Pull-Prinzip in Zeiten der Klimakrise zu kurz greife, einfach weil Menschen ihren Lebensraum aufgrund von Umweltkatastrophen verloren hätten und ihnen folglich keine Option bliebe als ihre Heimat zu verlassen. Welchen Einfluss die zunehmende Klimamigration mit sich bringen wird, untersucht auch der Sammelband „Jenseits der Migrantologie“, festzuhalten bleibt, dass es sich hierbei um einen vergleichsweise jungen Forschungsstrang handelt. Deutlich wird aber, dass die Flüchtenden überwiegend innerhalb ihres Herkunftslandes von ruralen Gebieten in Städte migrieren. Eine Entwicklung, welche die Politiker:innen in den betroffenen Ländern mehr beachten sollten, so die Autor:innen. Mit dem Sammelband „Migration and Pandemics“ wurden weitergehend

die migrationspolitischen Entwicklungen sowie die Folgen der Pandemie aufgearbeitet. Insbesondere die technische Aufrüstung an den Grenzen bereitet den interviewten Aktivist:innen und Migrant:innen Sorge, da diese zu immer gefährlicheren Fluchtrouten führe und die genutzte Technik zudem noch viele Mängel aufweise. Es brauche mehr legale Fluchtrouten, so die Forderung, wie sie auch die beiden Migrationsexperten Gerald Knaus und Thomas Faist in ihren Büchern betonen.

Die Migrationsbücher 2023 deuten auf die komplexen Herausforderungen hin, welche die aktuelle globale Situation mit sich bringt. Die vielen skizzierten Lösungsansätze machen Handlungsoptionen sowohl für die Politik als auch die Zivilgesellschaft sichtbar.



Die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen und die Aussicht, Verfolgung und Gewalt zu entkommen, gehören zu den wesentlichen Motiven grenzüberschreitender Migration und Flucht.

Thomas Faist

Exit

Thomas Faist: Exit. Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration im 21. Jahrhundert. C.H. Beck Verlag, München 2022; 400 Seiten

Warum verlassen Menschen ihre Heimat? Wie beeinflussen sich soziale Ungleichheit und Migration? Wie haben Staaten bisher auf große Migrationsbewegungen reagiert und welche Zukunftsperspektiven gibt es? Der Migrationssoziologe Thomas Faist behandelt all diese Fragen und mehr in seinem umfassenden Werk „Exit. Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration im 21. Jahrhundert“. Dabei verzichtet er auf keine der großen Fragen innerhalb der Migrationsforschung, wie etwa Auslöser für Flucht und Migration, Anerkennung und Menschenrechte, Transnationalität sowie die Politisierung von kultureller Verschiedenheit, welche stets im Kontext der sozialen Frage analysiert werden. Faist fokussiert sich dabei nicht nur auf geflüchtete Menschen, sondern behandelt Migration in ihrer ganzen Vielfalt.

Migration und Ungleichheit

Der Soziologe entkräftet bereits auf den ersten Seiten des Buches die Theorie, dass offene Grenzen und Migration globale Ungleichheit reduzieren könnten. Denn mit „ca. 3,6 Prozent (2020)“ (S. 45) ist die weltweite Migrationsquote nicht ausreichend, um eine Angleichung des Wohlstandes zu ermöglichen. Darüber hinaus ist „Exit“ nicht

sozial ausgeglichen, vielmehr sind auch Flucht oder Auswanderung eine Frage des Kapitals. Wobei es an dieser Stelle nochmals zu differenzieren gilt: Zum einen gibt es die Gruppe der Mittel- bis Oberschicht im globalen Süden, welche sich Migration leisten kann. Zum anderen sollten ökonomische Eliten in OECD-Regionen nicht außer Acht gelassen werden, da diese Gruppe isoliert betrachtet eine Migrationsquote von etwa 12-15 Prozent erreicht. „Es ist die Fähigkeit, selbstständig über Verbleib oder Exit zu entscheiden, die für die Verteilung von begehrten Gütern und für die Lebensverhältnisse einen Unterschied macht. Die Möglichkeit zur räumlichen Mobilität, auch Motilität oder Mobilitätskapital genannt, ist dafür eine notwendige Voraussetzung.“ (S. 52)

Es lässt sich folglich festhalten, dass Migration zum einen durch eine Selektivität auf nationaler Ebene geprägt ist und darüber hinaus auch ein Ungleichverhältnis zwischen dem globalen Norden und Süden vorliegt. In der Analyse der ökonomischen Folgen von Migration für Emigrations- und Integrationsländer zeigt sich zudem, dass die Folgen für Herkunftsländer mitunter zu Verschlechterungen für die Bevölkerung vor Ort mit führen während in den Zielländern kaum strukturelle Veränderungen auftreten. „Eine Erklärung für diesen Sachverhalt könnte darin liegen, dass das Potenzial für weitreichenden sozialen Wandel deshalb begrenzt ist, weil die ‚kulturellen und Machtarrangements‘ so wirken, dass Migrant:innen in den Zielländern vorwiegend in bereits bestehende Positionen hineingeschleust werden.“ (S. 81) Auch im Kontext von Migrationsauslösern verweist er auf ein globales Nord-Süd-Ungleichgewicht, welches sich unter anderem durch Marktliberalisierungsprozesse weiter verfestigte. Exemplarisch führt Faist hier die Konsequenzen von Strukturanpassungsprogrammen sowie einer starken Finanzialisierung der Wirtschaft an. „Eine allmähliche Verdrängung von Kleinproduzent:innen tritt häufig auf. Eine Folge ist Migration in die umliegenden Städte oder ins Ausland.“ (S. 140)

Zirkuläre Migration und Entwicklung von Emigrationsländern

Die Idee, dass durch Arbeitsmigration Herkunftsstaaten in ihrer Entwicklung unterstützt werden, sieht der Autor kritisch. In seiner Analyse verweist der Migrationssoziologe etwa auf das schwierige Verhältnis von Gastarbeit beziehungsweise zirkulärer Migration und Menschenrechte: „Die Maßnahmen sind nur dann umsetzbar, wenn Migrant:innen ihre fundamentalen Men-

schenrechte auf Familiennachzug und auch Möglichkeiten der Verstetigung nicht in Anspruch nehmen können. Auch hätten zirkuläre Migrant:innen geringere soziale Rechte als Bürger:innen und privilegiere Migrant:innen“ (S. 206). Zwar seien gewisse Erfolge im Zuge der Gastarbeiter:innenanwerbung in den 1960er-Jahren erreicht worden, jedoch scheinen die Kehrseiten dieses Ansatzes zu überwiegen, was anhand eines weiteren Praxisbeispiels anschaulich untermauert wird: Beschrieben wird das Modellprojekt 500 Pflegekräfte für Deutschland, welches faire Migration für philippinische Pflegekräfte propagiert, am Ende jedoch zu „brain waste“ führte, wie Studien belegen. Die Ursachen hierfür resultieren aus einer marktorientierten Handlungslogik, welche sich in Form von Verlust der Expertise und einer schwachen Gesundheitsversorgung vor Ort ausdrückt. Für zirkuläre Migration spricht die Vorstellung, dass damit sowohl die Dauer als auch die Höhe von Rücküberweisungen in das Herkunftsland erhöht werden kann und so auch Migrant:innen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung ihrer Landes leisten. „Eine Grundlage für diese Argumentation ist die Beobachtung, dass allein die Rücküberweisungen, die von Ziel- in Herkunftsländer fließen, diejenigen der offiziellen Entwicklungshilfe Anfang der 2000er-Jahre weltweit schon um mehr als das Fünffache übersteigen“ (S. 213). Mit dieser Form der Unterstützung werden jedoch bestehende Ungleichheiten weiter verfestigt. Wie bereits kurz angeführt, migriert an erster Stelle die Mittelschicht eines Landes, durch deren Rücküberweisungen wiederum deren Familien und nicht die ärmsten der Gesellschaft profitieren. Nicht nur Ungleichheiten drohen sich so zu verstetigen, auch staatliche Leistungen werden oftmals in Anbetracht der hohen Summen gekürzt: „Empirische Analysen ergaben, dass in lateinamerikanischen Herkunftsländern höhere Rücküberweisungen mit geringeren öffentlichen Ausgaben für soziale Sicherung korrelieren“ (S. 215). Darüber hinaus spielen Gemeinschaften in Zielländern – immer häufiger als Diaspora bezeichnet – einen weiteren wesentlichen Faktor, da sie durch Rücküberweisungen eine gewisse Macht aufbauen und oftmals zu politischen Playern im Herkunftsland aufsteigen.

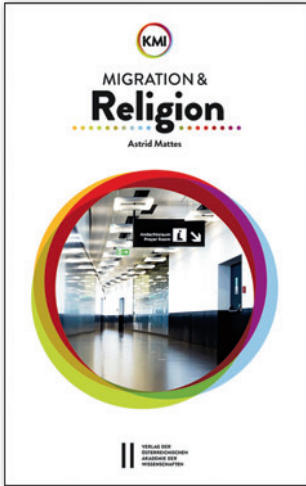
Globale Lösungen?

Ein globales Migrationsregime sei bislang nicht zu erkennen, wenngleich der Autor mit Blick auf die vielen Regulierungen und Initiativen zumindest von einem Migrationsmanagement spricht, dem er aber wenig Gutes abgewinnen

kann: „Keine dieser Initiativen stellte aber das dominante Diktum des Freihandels in Frage und berücksichtigte auch nicht, dass die politischen und ökonomischen Asymmetrien durch die gegenwärtigen Handels- und Wirtschaftsregime perpetuiert werden“ (S. 163f.). Abschließend stellt Faist zehn Thesen vor, um das Fehlen eines globalen Migrationsregimes auszugleichen: Dazu zählt etwa die Schaffung eines weltweiten Parlaments der Migration und Flucht, welches jedoch nicht nur von Regierungen, sondern auch von Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Initiativen bestehen sollte. Auch sollten Rücküberweisungen weiter gefördert werden, wenngleich diese mit gewisser Vorsicht und vor allem in strukturelle Verbesserungen fließen müssen. In guter Gesellschaft mit vielen anderen Migrationsexpert:innen befindet sich Faist mit seiner Forderung nach legalen Migrationspfaden anstatt ausschließlich zu versuchen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Eine Innovation verlangt der Autor mit dem Vorschlag nach mehr politischer und wirtschaftlicher Autonomie von Geflüchteten in Flüchtlingslagern, in welchen viele über Jahre in einem Zustand des ‚Dazwischen‘ fristen. Bezugnehmend auf den Rechte-basierten Vorschlag des Soziologen Robin Cohen und den Anthropologen Nicholas Van Hear, die sich eine „transnationale Polis für Geflüchtete“ (S. 322) – die sogenannte Refugia – als neuen Weg vorstellen. Als Bewohner:in von Refugia erhält man einen „Seasame-Ausweis (‚Sesam, öffne Dich‘)“ (S. 322), welcher den Menschen ähnliche Rechte garantieren sollte wie etwa der Nansen-Pass zwischen den Weltkriegen, um den Staatenlosen ein Mindestmaß an Rechten, etwa Schutz und Freizügigkeit, zu gewähren.

Beeindruckende Aufarbeitung eines komplexen Sachverhaltes

Mit „Exit“ ist Thomas Faist eine umfassende Analyse verwobener Strukturen und Wechselwirkungen im Bereich globaler Migration und Transnationalität gelungen. In Anlehnung an die Veröffentlichung „Migration und Religion“ von Astrid Mattes konstatiert auch der Migrationssoziologe eine Politisierung des Diversen, verweist darüber hinaus auch auf viele weitere wirtschafts-politische Zusammenhänge und spricht über historische Parallelen und Unterschiede. Wenngleich der Aufbau des Buches streckenweise irritierend erscheint, so lohnt es doch, sich der anspruchsvollen Lektüre zu widmen.



Wie verändert sich unsere Gesellschaft in Bezug auf Religion und welche dieser Veränderungen hängen mit Migration zusammen?

Astrid Mattes

Migration und Religion

Mattes Astrid: Migration und Religion. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2022; 217 Seiten

Die Politik- und Religionswissenschaftlerin Astrid Mattes geht für die Buchreihe „Migration &“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften dem Fortschreiten der Politisierung von Religion im Kontext von Migration nach. Mit ihrer Fragestellung bezieht sich die Autorin sowohl auf die enge Verwobenheit von Religion – insbesondere in Bezug auf den Islam – und Migration innerhalb der politischen Agenda wie auch der medialen Aufarbeitung gegenwärtiger Entwicklungen. Darüber hinaus konstatiert Mattes eine stark gestiegene Anzahl an Forschungsarbeiten, welche sich ebenfalls auffallend häufig um Abhandlungen im Kontext von Islam und Migration bewegen. „Zugespitzt könnte man also fragen, ob diese oft zitierte ‚Rückkehr der Religionen‘ nun eigentlich mehr meint als eine ‚Ankunft des Islam‘.“ (S. 17) Obwohl die Autorin zum Teil dem medial wie politisch gezeichneten Bild der Erstarkung des Islams in Bezug auf das rasche Wachstum der Religionsgemeinschaften recht gibt, warnt sie davor, aktuelle Entwicklungen beziehungsweise Spannungen ausschließlich als eine Folge von Migration zu interpretieren. „In der Debatte um Religion im Kontext von Migration werden aber all jene Fragen, die sich mit Blick auf historisch gewachsene Strukturen der Beziehung von Religion und Staat generell stellen, überwiegend mit Blick auf den Islam und zugewanderte

muslimische Personen gestellt. Dabei geht oft verloren, dass diese Strukturen nicht unbedingt nur durch Migration herausgefordert sind, sondern durch tiefgreifende Veränderungsprozesse, die auch die gesellschaftliche Bedeutung von Religion im Allgemeinen betreffen.“ (S. 21)

Lückenhafte Befunde zu Religionsgemeinschaften

Einleitend gibt die Religionswissenschaftlerin einen Überblick zur Entwicklung der Religionszugehörigkeiten und verweist dabei auch kritisch auf Herausforderungen im Zuge von Erhebungen und Analysen von Befunden zur Verteilung der Religionsgemeinschaften in Österreich. So wird etwa die Religionszugehörigkeit migrierter Menschen lediglich anhand der Mehrheitsreligion im Herkunftsland abgeleitet (random migrant assumption). Allgemein lässt sich ein Rückgang des Anteils von Katholik:innen sowie eine Zunahme an neureligiösen Bewegungen wie auch an muslimischen Gemeinschaften und orthodoxen Christ:innen beobachten. Es gilt jedoch festzuhalten, dass es seit der letzten Volkszählung 2001 keine gesicherten Zahlen zur Religionslandschaft in Österreich mehr gibt. Dass die vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Thema auf Schätzungen basieren und häufig mehrere Szenarien abbilden, bleibt im medialen wie politischen Diskurs oftmals unbeachtet, wie Mattes beanstandet.

„From race to faith – zur Politisierung des Islams“

Statistisch gesehen ist Migration ein „bestimmendes Merkmal österreichischer Realität“ (S. 74), denn 23,7 Prozent der in Österreich lebenden Menschen sind selbst migriert oder haben Eltern, die im Ausland geboren wurden (Statistik Austria 2020). Wie bereits skizziert, verbleiben Zahlen über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft anhand der aktuellen Datenlage im Bereich der Schätzung, dennoch lässt sich „relativ zuverlässig annehmen, dass die Mehrheit der ausländischen Staatsangehörigen in Österreich Christ:innen oder Konfessionslose sind“ (S. 78). Anhand einer auffallenden Diskrepanz zwischen tatsächlichen Entwicklungen und dem öffentlichen Diskurs lässt sich festhalten, dass das vermeintliche Problem sozial konstruiert ist. Als dahinterliegende Theorie führt Mattes das Konzept „Boundary-Making“ (S. 76) an, also eine Form von Grenzziehung, welche den Ein- und Ausschluss bestimmter Gruppen im sozialen Gefüge

legitimiert und damit auch die eigene Gruppenidentität stärkt. Am Beispiel der Gastarbeiter:innen wird deutlich, dass sich Zuschreibungen und Abwertungen mit der Zeit verändern, so verweist die Autorin auf eine Wiener Plakatkampagne aus 1970: „I haaß Koaric, du haaßt Kolarc, warum sogn’s zu dir Tschusch? (Demokratiezentrum Wien 2020)“ (S. 77). Während ehemalige Gastarbeiter:innen kaum noch von Ausgrenzung betroffen sind, gewinnt das Sprechen über Islam im Kontext von Migration ab 2006 die Überhand. Unter der Überschrift „Neue Konfliktlinien“ (S. 105) zeichnet die Autorin die sich verändernden politischen Positionierungen zum Thema Migration und Religion nach. Basierend auf der Annahme, dass traditionelle inhaltliche Abgrenzungen zwischen den Großparteien wie etwa Arbeit/Besitz, klerikale/säkuläre Politik oder auch Stadt/Land die Einstellungen vieler Wähler:innen etwa seit den 1980er nicht mehr widerspiegeln, entwickelten sich neue Konfliktlinien wie Klimaschutz und Migration. Nachdem die Politikwissenschaftlerin überblicksartig die jeweiligen Positionierungen der Parteien in Österreich nachzeichnet, widmet sie sich der Wertedebatte, entlang welcher erneut ein Zusammenhang zwischen Religion und Migration konstruiert wird. „Die Idee der gemeinsamen Werte stellt dabei das Vehikel dar, um ‚religiös-kulturelle‘ Integration zu diskutieren“ (S. 131). Mattes zufolge wird Religion als Gruppenmarker verwendet, um klare Grenzen zwischen Fremd und Selbst zu ziehen und damit auch Wertefragen zu verknüpfen. Im Zuge dieser Verbindung kommt es zu einer paradox anmutenden Überschneidung zwischen Werten und Religion: So werden bestehende Wertvorstellungen im deutschsprachigen Raum als geprägt von christlichen und oftmals auch jüdischen Traditionen bezeichnet, wenngleich diese „sich in erster Linie in Auseinandersetzung und Abgrenzung von Religion entwickelt haben“ (S. 132). Noch ausführlicher findet sich dieses Verhältnis etwa in einem auf Bundesebene herausgegebenen Dokument zu Österreichischen Grundwerten, nach welchem sich das Gleichheitsgebot aus dem alten und neuen Testament ableiten lasse oder auch in einer vom Österreichischen Integrationsfonds und der Österreichischen Bischofskonferenz herausgegebenen Broschüre, in welcher Österreich „als Land mit christlichen Wurzeln“ (S. 143) vorgestellt wird. Diese Entwicklung bezieht sich nicht ausschließlich auf den deutschsprachigen Raum, sondern wird von weiteren Wissenschaftler:innen als europäisches Paradox beschrieben. Die im Buch mehrmals angeführte Fokussierung auf den Islam wird auch im Kontext der Wertedebatte sicht-

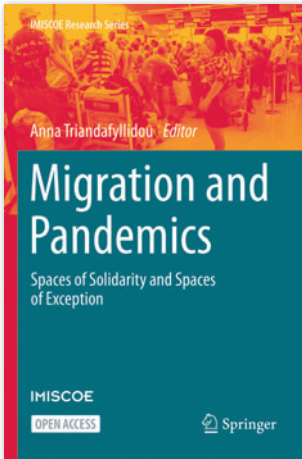
bar, zum einen verweist die Autorin auf spezifisch an Muslim:innen gerichtete Forderungen seitens einzelner Politiker:innen, zum anderen wird das sogenannte Islamgesetz 2015 angeführt, welches inhaltlich bedeutungslose aber ideologisch aufgeladene Formulierungen enthält wie etwa: „Es muss eine positive Grundeinstellung zum Staat bestehen“ (S. 144).

Besonders häufig wird Muslim:innen in Österreich ein fehlendes Verständnis für Geschlechtergerechtigkeit vorgeworfen und anhand diverser Wertestudien untermauert. Wie bereits einleitend dargestellt sind statistische Erhebungen besonders im Kontext der Migrationsforschung kritisch zu hinterfragen. Ohne nun auf die im Buch ausgeführten Lücken einzugehen, lässt sich festhalten, dass es unabhängig von Religion oder Herkunft Faktoren gibt, welche konservative Einstellungen und die Schlechterstellung der Frau bestimmen. Je ausgeprägter die Religiosität und je niedriger der Bildungsgrad desto eher dominieren patriarchale Wertvorstellungen, etwa, dass Mütter nicht erwerbstätig sein sollten. „Sehr deutlich hat sich gezeigt, dass Religion in Migrationskontexten vor allem auch eine Kategorie der Selbst- und Fremdzuschreibung ist“ (S. 170).

Eine umfassende Analyse zur gesellschaftspolitischen Dynamik von Migration und Religion

Mit „Migration und Religion“ ist der Autorin eine sehr umfassende Analyse zur gesellschaftspolitischen Dynamik von Migration und Religion gelungen, darüber hinaus wird auch die Themensetzung innerhalb der Migrationsforschung hinterfragt und Fehler werden aufgezeigt.

Leser:innen nehmen neben historischen Einblicken und Verknüpfungen mit, dass Konflikte wie auch gesellschaftliche Veränderungen im Kontext von Migration nicht einfach mit Ursache-Wirkungs-Kausalitäten erklärt werden können. Vielmehr geht es um bestehende Machtverhältnisse wie auch strukturelle Gegebenheiten. Die Annahme einer homogenen religiösen Gruppe ist jedenfalls weder für Katholik:innen noch Muslim:innen oder andere tragfähig. Mit Blick auf Zukunftsperspektiven braucht es allen voran eine Festigung der Pluralismusakzeptanz in Gesellschaften sowie eine Trennung von Integrations- und Religionspolitik.



The wider impact of the pandemic on society and the economy will be long lasting and global.

Anna Triandafyllidou (Hg.)

Migration and Pandemics

Anna Triandafyllidou: Migration and Pandemics. Spaces of Solidarity and Spaces of Exception. Springer Verlag, Cham 2022; 248 Seiten

Der Sammelband „Migration and Pandemics. Spaces of Solidarity and Spaces of Exception“ bietet eine umfassende Analyse des gesellschafts-politischen Umgangs mit migrierten Menschen während der Covid-19 Pandemie. Im ersten Teil des Buches liegt der Schwerpunkt der Beiträge auf Grenzen und Zugehörigkeiten sowie dem Ausschluss von Menschen mit vermeintlich falschem Reisepass. Im zweiten Teil werden darauf aufbauend die unterschiedlichen Perspektiven im Ankunftsland zwischen migrierten Menschen beleuchtet, insbesondere mit Blick auf die in der Pandemie viel zitierten system-erhaltenden Berufe. Abschließend richtet der Sammelband seinen Blick auf erzwungene und freiwillige Rückkehrbewegungen während der Pandemie sowie Migration innerhalb Indiens. Herausgegeben wurde das Buch von Anna Triandafyllidou; die Expertin für Migrationsfragen hat den Canada Excellence Research Chair on Migration and Integration an der Ryerson University inne und ist zudem Chefredakteurin des Journal of Immigrant and Refugee Studies.

Grenzen und Zugehörigkeiten

„The exceptional character of the Covid-19 emergency has both reinforced the importance of citizen-

ship as a priority marker of who belongs and who is to be allowed access to the country or access to emergency benefits during the pandemic crisis“ (S. 5). Jedoch ist anzumerken, dass nicht nur die Entwicklung hin zu einer geschlossenen Gemeinschaft beobachtet werden konnte, gegenteilig wurden von vielen Staaten auch Maßnahmen getroffen, um den bereits prekären Aufenthaltsstatus vieler Menschen aufgrund der Pandemie und den einbrechenden Arbeitsmarkt nicht noch weiter zu verschlechtern. „We may even argue that the pandemic emergency has given rise to an alternative mode of membership that could be termed *jus domicili* [Stavilă, 2013] and is based on effective presence in the territory of the state“ (S. 5). Es gilt festzuhalten, dass diese Erleichterungen für Menschen mit prekärem Aufenthalt bzw. ohne legalen Aufenthaltsstatus vermehrt innerhalb der EU bzw. Kanada umgesetzt wurden, während sich die Lage für jene in den Vereinigten Arabischen Emiraten etwa dramatisch verschlechterte. Doch auch im europäischen Raum gab es Fälle wie beispielsweise in Griechenland, wo positiv auf das Virus getestete Asylwerbende unter unmenschlichen Bedingungen in Quarantäne gebracht und nicht ausreichend medizinisch versorgt wurden, mit dem Ziel, das Virus innerhalb der Quarantänezentren zu halten. „The border in those cases was recreated within the state, separating those who do not belong from those who belong [...] within the country’s territory“ (S. 8).

Wenngleich einleitend Länder wie Kanada positiv hervorgehoben wurden, beschreibt die Autorin, wie auch an der kanadischen Grenze Menschen zurückgestoßen wurden. Was aufzeigt, wie komplex und verworren die Lage während der Pandemie war, aber auch nach der Pandemie bleiben wird. Vor diesem Hintergrund beschreibt Triandafyllidou einen polarisierenden Effekt der Pandemie auf unser Verständnis von Staatsangehörigkeit. Während Menschen mit prekären Aufenthaltstiteln in systemerhaltenden Berufen einfachere Zugänge erhielten, wurden ebendiese für besonders vulnerable Asylsuchende vielfach erschwert bis verunmöglicht. „It would be imprudent to suggest that these have altered conventional migration and citizenship hierarchies, but perhaps the pandemic has temporarily jostled conventional hierarchies of who (or whose labour) enough to expose those privileges and stereotypes to greater critical scrutiny by a wider public“ (S. 39).

Technisches Migrationsmanagement und Allianzen mit dem privaten Sektor

„We are Black and the border guards hate us. Their computers hate us too. – Adissu, living without immigration status in Brussels, Belgium“ (S. 45). Die Juristin und Migrationsforscherin Petra Molnar bezieht sich in ihrem Beitrag auf Interviews aus dem Jahr 2020, welche zugunsten einer Studie zu den Folgen des Einsatzes von technologischen Migrationsmanagements durchgeführt wurden, denn die Pandemie hatte auch einen wesentlichen Einfluss auf die Anwendung technischer Hilfsmittel an den Grenzen. Unter dem Vorwand, das Virus bestmöglich einzudämmen, wurde der Einsatz von KI, Handytracking oder auch Drohnen verstärkt, was vielen Expert:innen Sorgen bereitet: „However, given the robust migration management technology ecosystem that already exists, these Covid-specific tools can easily be used against people crossing borders, with far-reaching human rights impacts“ (S. 48). Der Vorbehalt gegenüber technischen Hilfsmitteln der Studienautor:innen, wie auch von Migrant:innen, bezieht sich auf düstere Zukunftsaussichten, in welchen auch Entscheidungen über Zugang oder Exklusion vermehrt von künstlichen Intelligenzen durchgeführt werden bzw. Menschen nur noch den Empfehlungen von Programmen folgen könnten. Im Zusammenhang von Migrationsmanagement und dem Einsatz neuer Technologien gilt es, nicht nur auf die aktuellen Prozesse, sondern auch die damit gesammelten Daten zu achten, welche wiederum zur Fütterung der KI-Systeme verwendet werden.

Die Folgen dieser Technologisierung sind beispielsweise an der US-Mexiko Grenze sichtbar geworden: Mit dem Einsatz neuer Überwachungstechnologien werden Menschen zu immer riskanteren Routen durch die Wüste gezwungen, was zu einem dramatischen Anstieg der Todesfälle führt. Ähnliche Technologien werden übrigens auch in Europa angewandt, um Menschen ausfindig zu machen und auf ihren Booten zum Umkehren zu zwingen. Weiters kritisiert Molnar, dass Staaten die undurchsichtigen Strukturen des Migrationsmanagements ausnutzen, um so neue Technologien zu testen: „while spaces like conflict zones and refugee camps become sites of experimentation under the guise of ‚humanitarianism‘ and ‚empowerment of migrants‘ through innovation“ (S. 52). Griechenland wird von der Autorin in diesem Zusammenhang besonders oft genannt, darüber hinaus gilt das Land als Beispiel für eine weitere Entwicklung: Die enge Zusammenarbeit

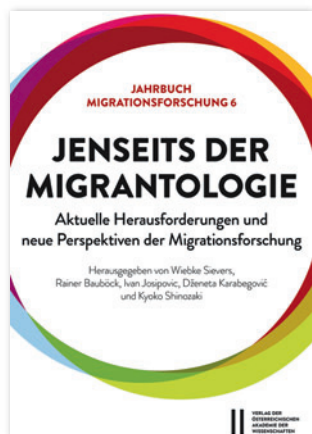
von privaten Unternehmen und Staaten im Kontext des Migrationsmanagements. Bereits im Dezember 2020 verkündete Palantir, ein auf die Analyse großer Datenmengen spezialisierter Anbieter von Software und Dienstleistungen, die weitere Zusammenarbeit mit der griechischen Regierung an: „Our partnership with Greek government was born out of necessity once the pandemic began, and we look forward to broadening it for years to come [Business Wire, 2020]“ (S. 55). Zu dieser Allianz aus Staaten und privaten Firmen kommt hinzu, dass zwischen Firmen wie Clearview AI sowie Palantir Verbindungen zu rechtsextremen Personen nachgewiesen wurden. „The implications of Big Tech giants and corporate interests in these dangerous anti-migrant narratives is a very troubling development, all the more so because public-private partnerships lie at the heart of the development and deployment of migration management technologies“ (S. 58).

Rückkehrbewegungen in Krisenzeiten

Es lässt sich festhalten, dass während der Pandemie die Aufenthaltsbedingungen für Migrant:innen in systemerhaltenden Berufen teilweise erleichtert wurden, die Arbeitsbedingungen sowie die hygienischen Schutzmaßnahmen blieben vielerorts jedoch prekär und unzureichend. Ebenso wurden gesellschaftlich wie auch politisch migrierte Menschen (erneut) als Sündenböcke dargestellt, im Buch wird auf Donald Trump und die steigende Feindlichkeit gegenüber Chines:innen hingewiesen, doch auch in Österreich zeigten sich Tendenzen dieses Verhaltens. Zur rechtlichen Schlechterstellung, welche auch Zugänge zu Sozial- und Gesundheitsleistungen umfasst, kam mit der Pandemie auch noch soziale Ausgrenzung bzw. Diskriminierung verstärkt hinzu. In einem der letzten Kapitel stellt sich daher die Frage, ob, beziehungsweise in welchem Ausmaß, die Gesundheitskrise Rückkehrbewegungen gefördert hat, oder ob diese in Anbetracht der vielen geschlossenen Grenzen nicht vielmehr verunmöglicht wurde. „It is not unusual during pandemics to target those deemed ‚foreign‘ and accuse them of ‚importing disease‘. Such prejudices were also aimed at return migrants [Munasinghe, 2020], prompting heated public discussion about the contribution of emigrants, their belonging and citizenship“ (S. 197).

Eine verallgemeinernde Antwort ist hier nicht möglich, vielmehr gilt es zwischen den unterschiedlichen Ausgangssituationen zu differenzieren, welche den rechtlichen Aufenthaltsstatus der Personen betreffen. Wieder waren es Menschen ohne Aufenthaltstitel, sich noch im Asylverfahren befindend oder undokumentierte Migrant:innen, welche den Autor:innen zufolge kaum Wahlfreiheit betreffend ihrer Rückkehr hatten, so wurden sie entweder zur Rückkehr gezwungen oder aber die Lage im Zielland wurde selbst zum Risiko. Während es für diese Gruppe unklar ist, ob sie nochmals migrieren werden, sind beispielsweise Saisonarbeiter:innen bereits im Sommer 2020 wieder auf die Felder zurückgekehrt – oftmals unter großem Aufwand des Aufnahmelandes. Doch unabhängig davon bleiben die Gründe für Migration auch nach der Pandemie bestehen, sowohl in den Herkunftsländern als auch – mit Blick auf Saisonarbeiter:innen – in den Zielländern, ja sie könnten aufgrund der Folgen der Pandemie sogar mehr werden: „As Hanse Randal highlights, in a poorer world suffering major virus-inflicted-structural damage, the demand for cheap labour – and cheap migrant labour – will only be stronger“ (S. 201).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Covid-19-Krise auch in diesem Kontext wie ein Brennglas auf bestehende strukturelle Ungleichheiten wirkt. Zwar wurde der Zugang für Berufsgruppen erleichtert, die im Zielland als systemerhaltend gelten, parallel dazu erlebten jedoch viele Menschen auch zunehmenden Rassismus, geschlossene Grenzen und ein immer härter werdendes Grenzmanagement.



Die Beiträge illustrieren, wie sich mit postkolonialen, postmigrantischen und entmigrantischen Ansätzen das Forschungsinteresse verlagert.

Wiebke Sievers et al. (Hg)

Jenseits der Migrantologie

Wiebke Sievers, Rainer Bauböck, Ivan Josipovic, Dženeta Karabegović, Kyoko Shinozaki (Hg.): *Jenseits der Migrantologie. Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven der Migrationsforschung.* Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2022; 371 Seiten

Aus welcher Perspektive wird Migrationsforschung durchgeführt? Welche soziokulturellen Hintergründe weisen Forschende in diesem Bereich auf? Finden die Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen ausreichend Sichtbarkeit im wissenschaftlichen Betrieb oder bleibt es bei Zuschreibungen von außen? Dieser kritischen Analyse widmet sich der Sammelband „Jenseits der Migrantologie. Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven in der Migrationsforschung“ aus der Reihe „Jahrbuch Migrationsforschung“ des Verlags der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Die darin enthaltenen Beiträge stammen von der 6. Jahrestagung für Migrationsforschung, die 2020 an der Universität Salzburg unter dem Motto „Grenzen überschreiten – Perspektiven der Migrationsforschung“ stattfand. Wie im Titel bereits angedeutet, hält der Sammelband nicht mit Kritik an bestehenden Forschungsansätzen zurück, etwa an der Publikation des Österreichischen Integrationsfonds „Jahrbuch Migration und Integration“, in welcher etwa eindeutig definiert wird, wann eine Person als integriert gilt und damit zur Mehrheitsgesellschaft zählt. „Solche Ansätze sind zunächst einmal deshalb problematisch, weil sie Menschen, die in Österreich leben, die

Zugehörigkeit zu Österreich absprechen. [...] Doch solche nationalstaatlichen Kategorisierungen sind selbst nur Konstrukte, die sich erst im 19. Jahrhundert etablierten [Anderson 1991] und in Österreich erst nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wirklich Anwendung fanden“ (S. 9). Dem stellt der Sammelband eine bereits bestehende Vielzahl an alternativen Neuansätzen in der Migrationsforschung gegenüber und versucht aufzuzeigen, wie sich diese „in konkrete empirische Forschung übersetzen lassen“ (S. 8). Als zentral für die bestehende Entwicklung wird die Arbeit von Andreas Wimmer und Nina Glick Schiller angeführt, welche sich mit dem „methodologischen Nationalismus“ der Migrationsforschung auseinandergesetzt haben und die soziale Konstruiertheit von Migration hervorheben, denn erst mit dem Herausbilden von Nationalstaaten wurde auch Staatsangehörigkeit, wie wir sie heute definieren, bedeutsam. Dass transnationale Theorien in den vergangenen Jahren an Sichtbarkeit gewonnen haben, zeigt ein Blick auf die zum Thema publizierten Bücher, etwa das bereits besprochene Buch „Global Age, Migration und Medien. Transnationales Leben gestalten“ von Christina Schachtner.

Pluralität als Herausforderung

Im Beitrag von Naika Foroutan, Expertin für Migrationsforschung, die unter anderem Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin ist, wird herausgearbeitet, wie die Konflikte rund um Migration im Grunde nur die Oberfläche aktueller gesellschaftlicher Aushandlungen sind. Es gehe um die „Anerkennung von Gleichheit und Gleichstellung“ als zentrales Versprechen moderner Demokratien, „die sich auf Pluralität und Gleichheit berufen. [...] Die Ausgangsthese ist, dass Migration sich regelrecht zu einer Chiffre für Pluralität entwickelt hat, in deren Ablehnung sich die Abwehr weiterer pluraler Lebensentwürfe bündelt“ (S. 33). Dabei beschränkt sich der Konflikt zwischen mehr Pluralität und der Rückkehr zur Eindeutigkeit nicht nur auf eine gesellschaftspolitische Dimension, vielmehr gehe es der Autorin zufolge auch um eine „demokratietheoretische Spannung zwischen jenen, die Pluralität und Repräsentation als grundlegend für die Verfasstheit der Demokratie sehen, und jenen, die eine gelingende Demokratie vor allem in größtmöglicher Homogenität verankern“ (S. 37). Im Beitrag arbeitet die Expertin anschaulich heraus, wie sich Konflikte um Zugänge und Ressourcen

in postmigrantischen Gesellschaften verändern, indem beispielsweise bereits länger im Land lebende Menschen neu ankommende Migrant:innen abwerten. Die Spannung zwischen Etablierten und Fremden bleibt folglich weiterhin bestehen, doch es zeigt sich, „dass es postmigrantisch zu immer neuen positionalen Veränderungen in der Gesellschaft kommt“ (S. 40) und der Fokus vom Status des Migrationshintergrundes abrückt. Durch diesen Prozess wird es auch zunehmend komplexer, Gruppen zu definieren. Bestehende Hierarchien und Machtstrukturen brechen auf und erfordern immer neue Aushandlungen und Reflektionen bestehender sozialer Ungleichheiten. Foroutan fordert vor diesem Hintergrund einen „Integrationsvertrag für alle“ (S. 47), wobei Integration hier weiter zu fassen ist, als eine gerechte Teilhabe an Ressourcen und Zugängen. Es gilt auch „symbolische, identifikative und kulturelle“ Teilhabe zu garantieren. Als wesentlicher Marker postmigrantischer Gesellschaften gilt etwa die Eigendefinition als Einwanderungsland, was am Beispiel Deutschland unter anderem zu „einer Reihe von gesetzgebenden Initiativen geführt hat“ (S. 42). Wir erleben folglich eine Transformation, in deren Mittelpunkt das „Gleichheitsversprechen der pluralen Demokratie“ (S. 47) steht. Als weitere künftige Herausforderung sieht die Autorin die Anerkennung und Teilhabe von Menschen mit stark transnationalen Biografien und temporären Aufenthalten im Land.

Zum Zusammenhang von Klimawandel, Migration und Protesten

Mit der Klimakrise werden oft auch große Fluchtbewegungen in Zusammenhang gebracht. Ist ein Gebiet nicht mehr bewohnbar oder ist es dort aufgrund von klimatischen Veränderungen nicht mehr möglich, ertragreiche Landwirtschaft zu betreiben, ist es notwendig, Schritte zu setzen. Besonders davon betroffen sind Regionen im globalen Süden. Abhängig davon, wie sich die Umweltbedingungen entwickeln, bleiben den Menschen unterschiedliche Strategien im Umgang mit der Krise. Etwa, wenn eine Anpassung an die veränderten Bedingungen geschieht, sofern das für die Menschen vor Ort möglich ist, ansonsten ist Migration häufig die Folge der Veränderungen. Diese findet primär jedoch innerhalb von Staaten und nicht grenzübergreifend statt. „Zudem ziehen diese sogenannten UmweltmigrantInnen typischerweise von ländlichen Gebieten in die nahe gelegenen Städte und tragen somit zu einer Urbanisierung bei“ (S. 83). Wie in der Überschrift bereits an-

gedeutet, versucht der Beitrag von Gabriele Spilker, Quynh Nguyen, Vally Koubi und Tobias Böhmelt zum einen, die Verbindung zwischen der Klimakrise auf Migrationsbewegungen nachzuvollziehen, um darüber hinaus auch zu analysieren, ob eine Beziehung zwischen Urbanisierung (aufgrund von Migration) und Konflikten vor Ort besteht. Eine einleitende Übersicht zur bestehenden

Literatur zeigt auf, dass es sich hier um einen vergleichsweise jungen und noch ausbaufähigen Forschungsstrang handelt, welchen die Autor:innen mit ihrem Beitrag weiter unterstützen und entwickeln möchten. Um etwa den Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen und Migration nachzuvollziehen zu können, ist es notwendig, in Studien auf die individuelle Ebene auszuweichen. Die Autor:innen argumentieren, dass jene, die aufgrund von Umweltveränderungen zur Migration gezwungen werden, sich weniger gut integrieren können und die Tendenz, an Protesten teilzunehmen, größer ist als bei anderen. „Die Argumentation dahinter ist zum einen, dass konstante und langanhaltende Entbehrungen und Missstände, die graduelle Langzeitveränderungen mit sich bringen, in der Wahrnehmung der MigrantInnen lange haften bleiben [Sen 2011] und damit das Sozialverhalten sowie die Wahrnehmung von Gerechtigkeit und Fairness am neuen Heimatort stark negativ beeinflussen können [van Stekelenburg/Klandermaans 2017]“ (S. 89). Abschließend empfehlen die Autor:innen, dass Policy Maker diesen Prozessen im Globalen Süden mehr Aufmerksamkeit schenken sollten. Mit Blick auf die besondere Situation von Umweltmigrant:innen gelte es, diese im Bezug auf eine gute Integration am Zielort bestmöglich zu unterstützen.

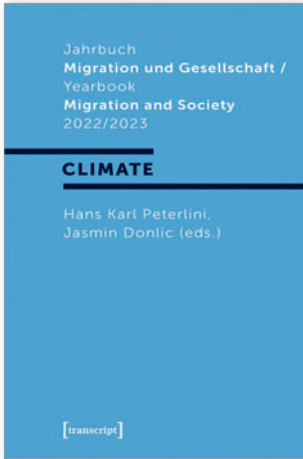
Rechte und Zugänge staatenloser Migrant:innen im Vergleich

Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, nämlich dass Menschenrechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihres Reisepasses gültig sein sollten, es real aber nicht sind, wird im Kontext von Asyl und Migration besonders oft deutlich. Im folgenden Absatz geht es um die Lage geflüchteter, staatenloser Personen und die Frage, wie Spanien und Österreich damit rechtlich umgehen. Zwar haben Österreich wie auch Spanien das „Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954“ und das „Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961“

ratifiziert, doch weist ihr Umgang mit staatenlosen Menschen auf viele Unterschiede in der Praxis hin. Ohne zu sehr auf die rechtlichen Grundlagen einzugehen, zeigt sich ein Punkt in beiden Ländern deutlich: Der Tatbestand der besonderen Vulnerabilität Staatenloser spielt in keinem der Länder eine wesentliche Rolle. Spanien etwa schreibt aufgrund seiner Kolonialgeschichte Menschen aus dem Gebiet der Saharawi sehr unkompliziert und schnell einen geschützten Status zu, während die Ansuchen anderer in Aktenbergen verschwinden. „We can't refuse them, we can't accept them. So, we postpone them“ (S. 169). In der österreichischen kommt es ebenfalls weniger auf die Staatsangehörigkeit an, sondern auf die Abschiebbarkeit: „According to a high-level civil servant in the Ministry of the Interior, it is not actually important for Austria if the person is stateless or has a citizenship – what matters is his or her deportability“ (S. 166). Zur Klärung, ob die Person abgeschoben werden kann, kommt noch die Bereitschaft zur Kooperation mit den Behörden hinzu: „Those who do not cooperate [in their aliens' police process / Anm.] come into coercive detention etc. but those who do cooperate and still cannot be deported for whatever reason – and statelessness is part of that – fall into so-called 'tolerated stay' [...] this means that they ultimately stay here“ (S. 166).

In Anbetracht der aktuell diffusen Ausgangslage für staatenlose Menschen empfiehlt die Autorin des Kapitels, Victoria Reitter, zum einen, den Begriff der Vulnerabilität auf Basis weiterer Studien nachzuschärfen, um die aktuellen Messlatten (wie in Österreich etwa die Kooperation) durch ein allgemeines Narrativ der Schutzbedürftigkeit zu ersetzen. Darüber hinaus braucht es die Umsetzung eines gemeinsamen europäischen Staatenlosen-systems das ähnlich wie das europäische Asylsystem aufgebaut sein könnte.

Mit dieser Zusammenfassung wurde ein exemplarischer Einblick in den sehr beeindruckenden Sammelband ermöglicht. Dieser zeigt die vielen komplexen Fragestellungen und Herausforderungen im Kontext von Migration auf, verweist aber darüber hinaus auf eine breite und sehr engagierte Forschungslandschaft, welche stets auch um Ausblick und Lösungsansätze bemüht ist.



Der Klimawandel lässt sich weder mit Interventionen im Sinne einer ‚Bleibeperspektive‘ in den Griff kriegen, noch mit verstärktem Grenzmanagement.

Hans Karl Peterlini · Jasmin Donlic (Hg.)

Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2022/2023

Hans Karl Peterlini, Jasmin Donlic: Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2022/2023. Focus: „Climate“. transcript Verlag, Bielefeld 2022; 134 Seiten

Das im transcript Verlag erscheinende „Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2022/2023“ beschreibt anhand vielfältiger Expert:innenbeiträge die Überschneidungen von Klimakrise, Flucht und Migration. Dabei zeigt sich: der Zusammenhang geht über die medial oftmals diskutierten Klimaflüchtlinge hinaus. Es geht um globale Verantwortung, die ganz konkreten Herausforderungen der Klimakrise, aber auch um neue Formen des Miteinanders, wie etwa den Konvivialismus. Darüber hinaus liegt in einer transnationalen Community auch viel Potenzial, denn die Rücküberweisungen der migrierten oder geflüchteten Menschen in ihre Heimatländer können auch zur Transformation vor Ort beitragen, wie die Beispiele im Jahrbuch belegen.

Push-Pull-Theorie greift zu kurz

Die mit der Push-Pull-Theorie verbundenen Lösungsansätze globaler Migrationsbewegungen sind für die beiden Herausgeber:innen des Jahrbuchs, Hans Karl Peterlini und Jasmin Donlic, in Zeiten der Klimakrise nicht mehr zutreffend. Denn aktuell haben Klimaflüchtlinge keinen rechtlich gesicherten Anspruch auf Schutz, wie er im Rahmen der Genfer Konvention geregelt ist.

Doch kann bei einer Migration aufgrund von Überschwemmungen ganzer Regionen oder anderer Umweltkatastrophen noch von einer freiwilligen Migration gesprochen werden? Die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb bringt die Veränderungen für Migrationsregime durch die Klimakrise sehr prägnant auf den Punkt, indem sie schreibt: „Migration is one form of adaption to climate change, and in some cases it is the only option – e.g. in cases of sea level rise, and b) climate change is not just an environmental problem – it is a societal problem with a multitude of interacting consequences“ (S. 22). Wie einleitend betont, wird es in Anbetracht der komplexen Lage auch zunehmend schwieriger werden, eine eindeutige Definition der Fluchtgründe zu finden, da neben Dürre und Hunger oftmals auch indirekte Folgen der Klimakrise als Gründe zu nennen sind, wie etwa Bürgerkriege, die aufgrund von (drohender) Ressourcenknappheit aufblühen. Auf diese neue Komplexität verweist auch der Experte Thomas Faist in seinem Buch „Exit. Warum Menschen aufbrechen.“

„Why Is Migration Important When Discussing the Clean Energy Transition?“

Der Zusammenhang von Migration und Energie(-produktion) ist zwar relativ komplex – insbesondere aufgrund der oben bereits skizzierten Schwierigkeit, eindeutige Fluchtgründe zu bestimmen – dennoch erscheint diese Verbindung wichtig, wie Eva Mach, Mariam Traore Chazalnoël und Dina Ionesco betonen. Für ihren ersten Punkt beziehen sich die Autor:innen auf eine 2017 durchgeführte Studie in Nepal, welche aufzeigt, dass sich aufgrund des Zuganges zu leistbarer, sauberer Energie vor Ort nicht nur die Quote der Migrierenden, sondern auch die Armutslagen der Bevölkerung verringert haben.

Über Anpassungsstrategien an den Klimawandel

Anpassungsstrategien an den Klimawandel können für Menschen aber auch bedeuten, ihren Heimatort aufgrund grüner Energieproduktion oder Ressourcengewinnung für die Speicherung von Energie verlassen zu müssen. „The exact magnitude of such development-induced displacement is currently unknown, but it’s estimated that millions of people per year are

forced to migrate due to infrastructure constructions and mining“ (S. 65). Energieproduktion bzw. das Fehlen dieser spielt aber nicht nur in den Herkunftsländern eine wesentliche Rolle, auch der Zugang dazu während der Flucht ist essenziell für die Menschen. Strom ermöglicht es ihnen, Handys aufzuladen, ihre Familie zu kontaktieren oder die weitere Route zu planen. Es geht den Autor:innen zufolge aber auch um die Infrastruktur in jenen Ländern, welche eine sehr große Anzahl an geflüchteten Menschen beherbergen. An dieser Stelle wird auf Jordanien verwiesen, das seit Ausbruch der Krise in Syrien hunderttausende Menschen auf der Flucht aufgenommen hat. Die Infrastruktur vor Ort ist aufgrund des großen Mehrbedarfs jedoch unter Druck geraten: „As a result, the Jordanian Government pioneered the Jordan Response Platform for the Syria Crisis (JRPSC), a model bringing together the existing refugee response and national development planning under one national planning and coordination framework“ (S. 86). 2017 wurde daher ein Solarkraftwerk für eines der großen Flüchtlingslager errichtet. Damit konnte sichergestellt werden, dass die Infrastruktur vor Ort nicht gänzlich überlastet wird und die Menschen in dem Camp Zugang zu grüner Energie erhalten. Es geht aber immer auch um die Kosten der Transformation, welche, so die Expert:innen, auch mit Hilfe der Rücküberweisung Geflüchteter in ihre Heimatgemeinden und Familien gestemmt werden können. 2020 gelangten über Rücküberweisungen weltweit 540 Milliarden Dollar in Niedrig- und Mittlereinkommensländer, dem gegenüber stehen 162,17 Milliarden Dollar an offizieller Entwicklungshilfe weltweit. Und dieses Potenzial wird auch genutzt, etwa von Initiativen wie RemitEnergy, welche als Schnittstelle zwischen Rücküberweisungen und der Hilfe vor Ort verstanden werden können. Während drei Viertel der Geldmittel zur Deckung unmittelbarer Grundbedürfnisse verwendet werden, wird der Rest der Rücküberweisungen für die Bereitstellung der Infrastruktur zur nachhaltigen Energiegewinnung genutzt. In Haiti beispielsweise konnte dieses Prinzip bereits Erfolge verzeichnen, doch fehlt es aktuell noch an konkreten empirischen Studien über die langfristigen Folgen infrastruktureller Projekte, welche mittels Rücküberweisungen finanziert werden.

Neben den finanziellen Aspekten spielt aber auch die (Aus-)Bildung Geflüchteter in den Ankunftsländern eine wichtige Rolle für die Energiewende, denn auch technische Fähigkeiten und Wissen können so wieder zurück in die

Herkunftsländer fließen und in Verbindung mit den Rücküberweisungen Veränderungen vor Ort bewirken.

Gelungene Verbindung von Theorie und Praxis

Der Versuch, Klimaforschung aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven mit einer kritischen und reflexiven Migrationsforschung in einen Dialog zu bringen, kann als geglückt angesehen werden, insbesondere, da im Sammelband noch weitere wichtige Perspektiven, wie etwa Klimabildung, Soziale Arbeit und Mobilität behandelt werden. Das Jahrbuch überzeugt nicht nur aufgrund des kritischen Zugangs zur Migrationsforschung, sondern auch durch die gelungene Verbindung von Theorien und konkreten Praxisbeispielen. Natürlich haben Sammelbände dieser Art auch inhaltliche Grenzen, da die Texte zumeist nur wenige Seiten umfassen, doch als Überblick und Einladung zur weiteren Vertiefung der Verbindung der Klima- und Migrationsfrage stellt es die ideale Ausgangsbasis dar.



Es stimmt hoffnungsvoll, dass sich die Zivilgesellschaft weltweit immer stärker vernetzt, organisiert und Menschen mobilisiert.

Brot für die Welt et al. (Hg.)

Atlas der Zivilgesellschaft

Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (Hg.): Atlas der Zivilgesellschaft 2023: Gefährlicher Beistand. Schwerpunkt Migration – Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit. oekom Verlag, München 2023; 84 Seiten

Der Atlas der Zivilgesellschaft, welcher von Brot für die Welt zum bereits sechsten Mal herausgegeben wurde, bildet eine wichtige Brücke zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und globalem Migrationsmanagement. Denn spätestens seit 2015 wurde der Wert einer aktiven Zivilgesellschaft deutlich: Besonders in den ersten Phasen des Summer of Migration war die private, ehrenamtliche Hilfe wesentlich, um den großen Bedarf an Unterstützung auf allen Ebenen zu decken. Und so ist es im globalen Kontext nach wie vor. Vielerorts sind geflüchtete Menschen auf die Unterstützung einer aktiven Zivilgesellschaft angewiesen, um Informationen oder auch lebensnotwendige Unterstützung zu erhalten. Doch für viele Engagierte hat sich die Lage verschlechtert, insbesondere für jene, welche bereits in den Jahren zuvor in Staaten der Kategorie „beschränkt“ oder „unterdrückt“ aktiv waren.

Umfassende Übersicht zur Situation

Für ihre Analyse stützen sich die Expert:innen von Brot für die Welt auf Daten von CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für Bürger:innenbeteiligung, sowie den eigenen Partner:innenorganisationen. Dabei berufen sich sowohl

CIVICUS als auch Brot für die Welt auf unabhängige Datenquellen. In die Berechnung von CIVICUS fließen etwa „Bewertungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise Reporter ohne Grenzen und Berichte von nationalen, regionalen und internationalen Organisationen“ (S. 14) ein, diese werden dann mit eigenen Analysen der Lage vor Ort zusammengefügt und bilden so die Basis der Länderbewertungen. Daraus entsteht eine umfassende Übersicht zur Situation in den jeweiligen Ländern. Der Bericht besteht grob vereinfacht aus einem allgemein Teil sowie einer detaillierten Analyse der Situation von Menschen, welche für Geflüchtete und Migrant:innen (migrant defenders) eintreten.

Zunehmender Druck auf die Zivilgesellschaft

Wer den Atlas der Zivilgesellschaft in den Händen hält, dem fällt schnell die überwiegend aus orangen und roten Bereichen bestehende Weltkarte auf. Die Einfärbungen stehen für den Freiheitsgrad der zivilen Gesellschaft und lediglich 3,2% der Menschen (bzw. 38 Staaten) weltweit leben im grünen Bereich in gänzlich offenen Gesellschaften. „Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum demonstrieren [...] Autoritäten sind offen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürger:innen. [...] Es gibt freie Medien, Internetinhalte werden nicht zensiert und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.“ (S. 10) Immerhin noch 11,3 % der Menschheit findet sich in „beeinträchtigten“ Staaten wieder. In solchen Staaten sind die Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit grundsätzlich gegeben, doch finden immer wieder Verletzungen dieser statt, wenn Demonstrationen etwa teilweise verboten werden oder dabei von Seiten der Exekutive unverhältnismäßige Gewalt gegen Demonstrierende angewendet wird. Auch die Medien sind aufgrund politischen Drucks oder Regulierung nicht gänzlich frei. Zu dieser Gruppe zählen unter anderem Staaten wie Italien, Frankreich, Australien oder auch Slowenien. Die weiteren Kategorien reichen von „beschränkt“ (14,9%) über „unterdrückt“ (42,2%) bis hin zum Status „geschlossen“ (28,4%) und repräsentieren den stufenweisen Übergang in ein unterdrückendes, zumeist auch autoritäres Regime. Als „geschlossen“ werden etwa Afghanistan, Ägypten, Belarus, Russland, Saudi-Arabien und 21 weitere Staaten angeführt.

Klimaaktivist:innen geraten unter Druck

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es zwar Verbesserungen in manchen Regionen gegeben hat, jedoch mehr Verschlechterungen als Verbesserungen zu vermerken sind und, wie bereits einleitend erwähnt, das Verhältnis von 80 mehr oder minder freien Staaten zu 116 kaum bis nicht freie Staaten für die Zivilgesellschaft weltweit kein erstrebenswertes Ergebnis darstellt. Auch die allgemein festzustellenden Trendlinien erschweren einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft. Digitale Überwachung, Internetabschaltungen aber auch Militärputsche sowie eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit nehmen global zu. Darüber hinaus gerät eine Gruppe mehr und mehr unter Druck: Klimaaktivist:innen.

Zur prekären Lage der „migrant defenders“

Im zweiten Teil geht der Bericht in die Tiefe und behandelt detailreich die Lage von „migrant defenders“ rund um den Globus. Dabei werden die statistischen Analysen durch Interviews und Erfahrungsberichte von direkt Betroffenen angereichert. Etwa am Beispiel Ungarns, welches 2018 ein Gesetzespaket gegen Migration vorgestellt hat das ganz klar auf NGOs abzielte, indem etwa für Spenden aus dem Ausland eine Strafsteuer fällig wurde und Engagierte keinen Zugang mehr zur sogenannten Transitzone an den Grenzen erhielten. Selbst Beratungsgespräche mussten genehmigt werden. Wenngleich das Gesetz in Ungarn 2021 vom Europäischen Gerichtshof gekippt wurde, bleibt das Ziel der Regierung, kein Einwanderungsland zu werden, bestehen. Dazu zählen auch illegale Pushbacks, wie zuletzt von Gerald Knaus im Buch „Wir und die Flüchtlinge“ herausarbeitet.

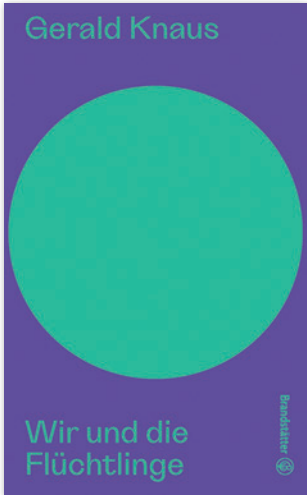
Helfenden wird Zugang zu geflüchteten Menschen erschwert

Dass Helfenden der Zugang zu geflüchteten Menschen erschwert wird, ist aber kein ungarischer Einzelfall und zeigt sich besonders stark auch in Griechenland. Hier müssen sich seit April 2020 alle Organisationen, die im Bereich Asyl, Migration und soziale Eingliederung engagiert sind, registrieren werden. Dieser Prozess kostet die NGOs aber nicht nur Zeitressourcen, sondern auch bis zu 25.000 Euro um als Organisation anerkannt zu werden. Warum die Arbeit von NGOs strukturell erschwert wird, erklärt sich Alexandros Chrysomallos, Rechtsanwalt bei Equal Rights Beyond Borders wie folgt:

„Offenbar um zu verhindern, dass von ihr unerwünschte NGOs und Anwält:innen in die Camps kommen, dort die Asylsuchenden beraten und ihnen zu ihrem Recht verhelfen. Und weil sie [die griechische Regierung; Anm.] Angst hat, dass NGOs Fehlverhalten des Staats auf die Schliche kommen.“ (S. 62)

Gefährliche Lage für Helfer:innen und Aktivist:innen

Weitaus dramatischer gestaltet sich die Lage für Helfer:innen in Mexiko, Pakistan oder Niger. In Mexiko ist es beispielsweise üblich, dass der Präsident persönlich im Rahmen seiner täglichen Pressekonferenzen einzelne Organisationen oder Journalist:innen herauspicks um diese öffentlich zu diskreditieren. Darüber hinaus werden Organisationen und Helfer:innen auch mit Gewalt konfrontiert, allein 2021 wurden in Mexiko 42 Menschenrechtsverteidiger:innen getötet. Nicht minder gefährlich ist das Leben für Aktivist:innen in Pakistan, zum einen gibt es auch hier das staatliche Ziel die Arbeit von NGOs strukturell zu unterbinden und zum anderen sind Praktiken wie Drohung, Erpressung oder gewaltsame Verschleppung ebenso Teil der Lebensrealität vor Ort. Abschließend ist noch das strenge nigrische Anti-Schleuser-Gesetz erwähnenswert, da hier sehr deutlich wird, welche Folgen eine allgemeine Kriminalisierung von Flucht mit sich bringt. Moctar Dan Yayé, Gründungsmitglied und Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit bei Alarme Phone Sahara, erklärt im Gespräch, wie das Gesetz die tägliche Arbeit der Helfenden beeinträchtigt: „Das Tückische daran ist, dass es sich gegen den Menschenhandel richtet, aber so vage formuliert ist und zugleich so weit gefasst ist, dass es im Prinzip alle kriminalisiert, die sich für die sogenannten ‚irregulären‘ Migrant:innen engagieren“ (S. 80) Diesen Zustand fasst Judith Kohlenberger unter dem Begriff „Asylparadox“ zusammen, denn um überhaupt einen Asylantrag stellen zu können, werden viele Menschen aufgrund fehlender sicherer und legaler Routen in die Illegalität getrieben. Moctar Dan Yayé betont abschließend auch die Rolle der EU, diese könnte durch strengere Auflagen bei Hilfszahlungen die Lage der Zivilgesellschaft vor Ort verbessern. Ebenso brauche es aber auch Rücken- deckung durch die europäische Zivilgesellschaft sowie eine Regierung vor Ort, welche die Arbeit der NGOs anerkennt und nicht unterminiert.



Europa braucht eine grundlegende Neuausrichtung seiner Flüchtlingspolitik.

Gerald Knaus

Wir und die Flüchtlinge

Gerald Knaus: Wir und die Flüchtlinge. Brandstätter Verlag, Wien 2022; 160 Seiten

In der neuen Reihe des Brandstätter Verlags „Auf dem Punkt“ werden seit Herbst 2022 relevante gesellschaftliche Themen kompakt zusammengefasst. Teil dieser Reihe ist auch der Migrations-Experte Gerald Knaus, der in seiner Analyse die wesentlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre anhand aufschlussreicher (Migrations-) Daten und Details sichtbar macht. Im ersten Kapitel des Buches zeigt Knaus die unzähligen Tragödien sowie das fehlende Reagieren regionaler und europäischer Politik auf. „Historiker könnten das Jahr 2021 als den Moment beschreiben, an dem sich Europas Demokratien von der Genfer Flüchtlingskonvention abwandten: Das internationale System des Flüchtlingsschutzes in Europa brach 70 Jahre, nachdem es in Genf entstanden war, in sich zusammen, ohne dass der europäischen Öffentlichkeit die Tragweite bewusst wurde“ (S. 9). Seine Kritik begründet der Experte anhand derer, die ihre Flucht nicht überlebt haben und der Pushbacks an vielen Grenzübergängen. „Wir sehen den zwölfjährigen Mohammed, aus der Stadt Manbidsch im Norden Syriens, der in Nordgriechenland mit seinem Onkel von der griechischen Polizei gestoppt wird: [...] Die Polizisten hätten ihnen befohlen sich aus-zuziehen, sagt Mohammed. Er habe Angst gehabt. Niemand habe ihm die Chance gegeben, sich registrieren zu lassen. Wer nicht gehorchte, sei geschlagen worden“ (S. 29).

„Was bedeutet es für Demokratien, wenn Menschenrechte offen gebrochen werden?“

Dass Pushbacks und Gewalt einen Rückgang irregulärer Migration bewirken, zeigt das Beispiel Griechenland: Dort waren es 2018 „noch 18.000 Menschen, die auf dem Landweg aus der Türkei in Griechenland offiziell ankamen, 2019 waren es 15.000, 2021 schließlich weniger als 5.000“ (S. 35). Die griechische Regierung verkündete diese Zahlen als Erfolgsmeldung, die Gründe für den Rückgang wurden jedoch nicht erwähnt. Doch nur wenige Tage später veröffentlichte auch der griechische Marineminister Zahlen zum Thema. Laut ihm wurden „von der Küstenwache 2021 mehr als 29.000 Migranten aus dem Meer gerettet“ (S. 36). Dieses Ungleichgewicht wurde bereits im Januar 2020 von der EU-Behörde für Betrugsbekämpfung (OLAF) hinterfragt und die Behörde legte in einem Bericht offen, dass FRONTEX, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, über die Pushbacks in der Ägäis Bescheid wusste und diese vertuschte. „Der OLAF-Bericht blieb bislang geheim, nur wenige durften ihn lesen, darunter Vertreter aller Regierungen und Mitglieder des Europarates. Doch sonst passierte: nichts. Frontex blieb in Griechenland“ (S. 39). Neben den Missständen in Griechenland thematisiert Knaus darüber hinaus die offenen Pushbacks Ungarns, das eigens sein Asylrecht änderte um diese zu legalisieren sowie die versteckten, doch auch allseits bekannten, Pushbacks Kroatiens. Als endgültige Zäsur führt der Experte jedoch die Entwicklung 2021 an der Grenze der EU zu Belarus an. Denn dort wurden Flüchtlinge seitens der belarussischen Regierung zu machstrategischen Zwecken instrumentalisiert, um die eigene Position der EU gegenüber zu erhöhen. Konkret wurden Menschen primär aus dem Irak eingeladen, nach Minsk zu kommen um von dort aus sicher in die EU zu gelangen. Als Reaktion darauf riefen Polen, Lettland und Estland „an ihren Grenzen zu Belarus einen Notstand aus. Sie beschrieben Migration als einen hybriden Angriff“ (S. 52), änderten ähnlich wie Ungarn ihre Gesetze und griffen zu Pushbacks. Dieses Vorgehen wurde von keiner der Regierungen verheimlicht, dennoch zeigte die EU keinerlei Reaktionen darauf. „Tatsächlich folgt die EU-Politik an ihren Grenzen heute der Logik eines Kampfes gegen Migration als hybriden Angriff“ (S. 61).

Das österreichische Paradox

Im Kapitel „Österreich als Vorbild“ thematisiert Knaus die Schiefelage zwischen medialer und politischer Rhetorik und der tatsächlichen Praxis von 2018 bis 2021. Während politisch zu dieser Zeit auch davon gesprochen wurde, dass es ohne hässliche Bilder an den Grenzen nicht gelingen werde Flüchtlinge zu stoppen und Ungarn als Vorbild galt, zeigen die Zahlen in die gegensätzliche Richtung: „Tatsächlich wurde in diesen vier Jahren jedes Jahr durchschnittlich 14.000-mal internationaler Schutz erteilt. [...] In der ganzen Welt lag in diesen Jahren nur ein Land vor Österreich: Griechenland“ (S. 77). Der Autor fasst weiter zusammen, wenn jedes europäische Land sich so wie Österreich verhalten hätte, hätte bereits ein Paradigmenwechsel der Migrationspolitik zum Besseren stattgefunden. Tatsächlich hat sich Österreich lediglich an geltendes Recht gehalten und faire Verfahren umgesetzt, hinzu kam noch eine starke Zivilgesellschaft, um zu beweisen, dass die 14.000 positiven Entscheidungen (0,15% der Gesamtbevölkerung) „keine Demokratie der Welt überfordern würde“ (S. 82). Unter der Bedingung, dass Migration kontrolliert und organisiert abläuft, sieht Knaus am Beispiel Österreichs eine realistische Utopie, warnt aber zugleich davor, dass nichtsdestotrotz die damals herrschende Rhetorik die politische Debatte Europas wesentlich geprägt hat.

Was es braucht

„Wer verstehen will, wie eine humane Migrations- und Asylpolitik an den Außengrenzen der EU aussehen könnte, sollte einen kurzen Text lesen: das Migrationskapitel im Koalitionsvertrag der deutschen Ampelregierung“ (S. 87). Um zu zeigen, wie irreguläre Migration reduziert werden kann und zugleich die Menschenrechte von asylsuchenden und migrierenden Menschen geschützt werden, verweist Knaus auf drei Maßnahmen aus dem deutschen Koalitionsvertrag: 1. zügige Asylverfahren, 2. konsequente Abschiebungen Ausreisepflichtiger und 3. Vereinbarung zur Reduzierung irregulärer Migration (vgl. S. 104). Wie eine konsequente und vor allem europaweite Umsetzung dieser Punkte aussehen könnte, skizziert der Migrationsexperte am Beispiel Griechenland. Während zügige Verfahren im ersten Schritt zum Ziel haben sollten, ab einem bestimmten Stichtag alle Anträge zu bearbeiten, braucht es für Punkt zwei Kooperationen mit den

Herkunftsländern, welche sich für diese auch nachhaltig lohnen. Hierzu zählt neben wirtschaftlicher Zusammenarbeit insbesondere der Ausbau und verbesserte Zugang zu legalen Migrationsrouten, was bereits in der Zieldefinition der dritten Maßnahme verankert ist. Ergänzend betont Knaus nochmals die Rolle der einzelnen Mitgliedsstaaten, welche in der Migrationsfrage weit mehr Kompetenzen haben als europäische Institutionen.

Schlussendlich brauche es neben diesen Maßnahmen auch mehr Achtsamkeit in der Kommunikation von Geflüchtetenzahlen, denn diese seien, so der Experte, tatsächlich weit niedriger als oftmals angegeben. Der Unterschied zwischen offiziellen Zahlen und den laut Knaus tatsächlichen ergibt sich aus der Definition der Gruppe: Von den laut UNHCR 70,8 Mio. Geflüchteten im Jahr 2018 waren 3,5 Mio. Asylsuchende, 41,3 Mio. Binnenvertriebene, sie waren also innerhalb ihres Landes auf der Flucht, weitere 5,5 Mio. Menschen, die zur Statistik gezählt werden, sind „Nachfahren jener Palästinenser, die 1948 aus dem Gebiet des heutigen Israels geflohen sind“ (S. 137). Nach Abzug dieser Gruppe bleiben für 2018 20,4 Mio. Flüchtlinge übrig, die tatsächlich auch Grenzen überschreiten. „Es braucht dringend eine tatsachenbasierte Diskussion über Flucht und Flüchtlinge, über irreguläre Migration und Grenzen, wollen wir die Werte der Flüchtlingskonvention bewahren“ (S. 141).



Die Willkommensgesellschaft ist keine wissenschaftliche Analysekategorie, sondern reaktiviert genuin das Politische.

Lukas Geisler

Die Willkommensgesellschaft

Lukas Geisler: Die Willkommensgesellschaft. Eine konkrete Utopie. oekom Verlag, München 2022; 192 Seiten

In „Die Willkommensgesellschaft. Eine konkrete Utopie“ beschreibt der politische Aktivist und freie Journalist Lukas Geisler Projekte und Initiativen, welche im Kontext von Flucht und Migration daran arbeiten, Betroffene zu unterstützen und die Welt so ein kleines Stück besser zu machen. Für den jungen Autor begann seine Sammlung der Geschichten des Gelingens unter anderem mit Aufenthalt auf den Inseln Lesbos und Samos. „2020 bestiegen wir am frühen Morgen kurz nach Sonnenaufgang die Fähre vom türkischen Festland. Nur drei Tage vorher, am 19. Februar, waren in Hanau neun Menschen von einem rechtsextremistischen Attentäter aus rassistischen Motiven getötet worden. Auch auf Lesbos spitzte sich zu dieser Zeit die Lage zu. Beide Ereignisse prägen dieses Buch“ (S. 14). Mit dem Ziel, die Räume des Guten und der Veränderung ganz konkret abzubilden, begann die Suche nach „Menschen und Projekten, die den vorherrschenden rassistischen gesellschaftlichen Strukturen und kolonial geprägten Grenzregimen andere, gute Räume konkret entgegenstellen“ (S. 20).

Über Grensräume

Im ersten Kapitel befasst sich der Aktivist mit Initiativen, die Menschen in Übergangsphasen – sowohl rechtlich als auch geografisch – begleiten.

Porträtiert wird unter anderem die Safe-Passage-Werkstatt, ein Upcycling-Projekt, das neben Taschen und Rucksäcken auch gebrauchte Schwimmwesten und Schlauchboote in neue Produkte verwandelt. An Material fehlt es der auf Lesbos angesiedelten Werkstatt augenscheinlich nicht. Für das Buch sprach Geisler auch mit der Koordinatorin der seit fünf Jahren bestehenden und von der Nichtregierungsorganisation Levos Solidarity getragenen Werkstatt, Nicolien Kegels. Für sie stehen die verwendeten Materialien für mehr als die Erinnerung an die lebensgefährliche Überfahrt, „die Textilprodukte drücken doch Hoffnung aus – auf ein besseres Leben und Zukunftsperspektiven“ (S. 35). Neben vielen weiteren Initiativen wird auch der Verein Mission Lifeline vorgestellt, der für die zivile Seenotrettung 2016 eigens ein Schiff organisiert hat und seither so oft wie möglich versucht, Menschen aus dem Mittelmeer zu retten. Neben den hohen Kosten der Seenotrettung wird der Verein immer wieder auch mit strukturellen Hürden konfrontiert, wie 2017, als das Boot mit 230 geretteten Menschen an Bord nicht in Malta anlegen durfte. Doch all das hält den Gründer Axel Steier nicht von seinem Engagement ab; er ist überzeugt davon, über diesen Weg mehr politischen Druck auszuüben als es andere Formen des Protestes und Engagements ermöglichen könnten. „Das Transparenzmachen [sic!] von Leid, die Sichtbarmachung, das sei der beste Ansatzpunkt“ (S. 43).

Über Teilhabe

Der zweite Teil des Buches widmet sich Projekten, welche die Förderung von Teilhabe zum Ziel haben. Dabei gehen die vorgestellten Initiativen über Gemeinschaftsräume hinaus, beleuchten den Wert von Erinnerungsarbeit und zeigen, wie eine Stadt im Rahmen ihrer Kompetenzen die Lage für Menschen ohne gesicherten Aufenthalt dennoch verbessern kann. Letztere ist besonders hervorzuheben, da sich die Kampagne Züri City Card dafür einsetzt, dass alle in Zürich lebenden Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen Ausweis erhalten und damit Zugang zu allen öffentlichen Angeboten, wie teilweise auch privaten Institutionen, erhalten. Im Kern ermöglicht die Züri City Card besonders jenen Sicherheit, die keine Papiere zum Nachweis ihrer Identität besitzen. Die Initiative geht alleine für Zürich von etwa 10.000 Betroffenen aus, eine genaue Angabe der Zahlen ist hierbei jedoch kaum möglich. Im Interview erklärt der Leiter der Kampagne, warum eine Züri City Card so essenziell für diese Gruppe wäre: „Sie gehören

zu den Schutzlosesten unserer Gesellschaft. Werden Sans-Papiers Opfer von Gewalt oder Ausbeutung, können Sie keine Anzeige erstatten. Auch eine medizinische Behandlung ist oft mit der Angst verbunden, entdeckt zu werden. Ihr irregulärer Aufenthalt zwingt Sans-Papiers zu einem Leben in der Anonymität. Genau dies soll durch die Züri City Card geändert werden“ (S. 89). Noch steht dem Kampagnenleiter viel Arbeit bevor, doch in etwa vier Jahren, so hofft er, gibt es dann die offizielle Züri City Card.

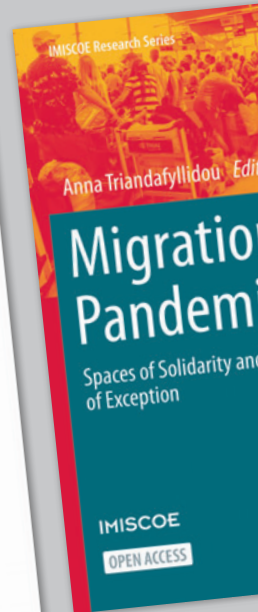
Über Aktivismus

Im letzten Teil der Sammlung werden Initiativen skizziert, deren primäres Anliegen aktivistischer Natur ist und die mittels Protestaktionen, Vernetzung und künstlerischen Darstellungen versuchen, Druck von unten aus der Zivilgesellschaft aufzubauen, um so auch strukturelle Veränderungen zu bewirken. Geisler stellt beispielsweise das Theater X vor, das sich bemüht, „einen hierarchiearmen künstlerischen Raum zu schaffen, in dem alle mit-sprechen können. Insbesondere Menschen, deren Stimmen zu wenig gehört werden“ (S. 138). Die Ursprünge des Theaters gehen bis in die 2000er zurück und die Ausdauer der Kulturrengagierten hat sich gelohnt, inzwischen bespielt das Theater nicht nur den öffentlichen Raum, sondern kann auch in eigene Räumlichkeiten einladen.

Ein weiteres Beispiel dafür, was Vernetzung bewirken kann, zeigt das Projekt Seebrücke, „eine internationale Graswurzelbewegung für gelebte Solidarität mit Menschen auf der Flucht“ (S. 142). Ihr primäres Ziel ist die Schaffung von Solidarity Cities, auch bekannt als Sanctuary Cities – also solidarische Städte, in denen kein Mensch illegal ist oder abgeschoben wird. Dass Kommunen trotz der rechtlichen Lage ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit behalten, zeigte bereits das Projekt der Züri City Card. Die Logik hinter der Kernforderung der Bewegung ist folgende: „Wenn Teilhabe in den Kommunen umgesetzt werden muss, warum sollten dann nicht auch die Kommunen darüber entscheiden, ob und wie viele Asylbewerber:innen zu ihnen gebracht werden?“ (S. 145). Die Zahlen sprechen für die Graswurzelbewegung, denn inzwischen gibt es 252 aufnahmebereite Städte im deutschsprachigen Raum und noch viel mehr regionale Untergruppen der Seebrücke.

Migration & integration 2023

Acht Bücher im Fokus





jungk-bibliothek.org

JBZ Robert Jungk
Bibliothek für
Zukunftsfragen